

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

entschuldigt fehlte Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Mitglied AfD-Fraktion

entschuldigt fehlte Torsten Kastrioti

Mitglied Gruppe FDP/FW

entschuldigt fehlte Michael Kieseewetter

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Protokollführerin

Protokollführerin Stephanie Wolf

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Ev.-luth. Kirche

entschuldigt fehlte Matthias Rensch

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt

beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Gabriele Willich
entschuldigt fehlte Klaus Puschmann
entschuldigt fehlte Niels Westerholt
entschuldigt fehlte Alexander Witton
entschuldigt fehlte Ulrike Luhmann

Gleichstellungsbeauftragte

entschuldigt fehlte Nicole Biela

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Röm.-kath. Kirche

entschuldigt fehlte Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

entschuldigt fehlte Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Als Gast

WIN@WBV-Fraktion Stefan Becker

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.06.2022
- 4 Verabredung eines Sitzungstermins im Oktober
- 5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 5.1 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen **526/2022**
- 5.2 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter **247/2022**
- 5.3 Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder gem. § 37b Abs. 2 KJSG **249/2022**
- 5.4 Geschäftsstelle Prävention - Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in Wilhelmshaven für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 **251/2022**
- 5.5 Geschäftsordnung der Sozialraumgremien Wilhelmshaven **252/2022**
- 5.6 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ **557/2022**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Information zur Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Rheinstraße
- 6.2 Diskussion um die Änderung der Satzung über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.06.2022

Aufgrund technischer Probleme wird die Genehmigung der Niederschrift auf die nächste Sitzung vertagt.

Beschluss:

-vertagt-

4 Verabredung eines Sitzungstermins im Oktober

Als Termin wird der 19.10.2022 vorgeschlagen. Dieser ist auf Grund der Ferien bei einigen Teilnehmern nicht passend. Alternative Termine außerhalb der Ferien kollidieren mit anderen Ausschusssitzungen.

Herr Ratzmann erläutert, dass die Sitzung stattfinden sollte, da es im Sommer eine längere Pause gab und verschiedene Themen anstehen, die eine gewisse Dringlichkeit haben. Herr Hager legt den nächsten Sitzungstermin auf den 19.10.2022 um 15 Uhr fest. Er äußert die Bitte, dass Fraktionen einen Vertreter schicken, wenn sie selber nicht zugegen sein können. Herr Ratzmann bietet an, im Vorfeld die Themen mit allen Fraktionen zu besprechen, die am vereinbarten Termin nicht anwesend sein können.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Herr Schönfelder erklärt auf Nachfrage von Herrn Becker, ob diese Abstimmung rechtssicher sei, dass die Verwaltung und der Vorsitzende Termine festlegt und einladen. Des Weiteren habe die allgemeine Mehrheit dem Termin zugestimmt.

5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

5.1 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen **526/2022**

Herr Suberg stellt den Antrag vor.

Herr Schaar erfragt, ob die Verwaltung beauftragt wird, den Antrag zu stellen oder ob sie ihn bereits gestellt hat. Herr Ratzmann erklärt, dass die Antragsfrist am 01.09.2022 abgelaufen sei, so dass eine Antragsstellung nicht mehr möglich ist. Er stellt die bereits eingereichten Anträge und daraus resultierenden Ergebnisse vor. Herr Schaarschmidt bringt ein, dass im Antrag anstelle von „Antrag stellen“ „zukünftig in Anspruch nehmen“ stehen sollte, um den Antrag heute abstimmen zu können.

Herr Schaar stellt einen Geschäftsordnungsantrag, da die Debatte auf Grund der abgelaufenen Frist nicht mehr notwendig ist. Für weitere Wortbeiträge wird der Antrag zurückgestellt.

Herr Kout betont, dass eine Abstimmung sinnvoll ist und dass die Anträge Träger und Personen benötigen, die diese mit Leben füllen.

Auf Nachfrage von Frau Stomberg, warum Förderanträge beim Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ abgelehnt wurden, erklärt Frau Wolf, dass die Projekte Familien mit besonderem Hilfebedarf im Fokus hätten haben müssen. Es gab Projekte, die allen Wilhelmshavener Kindern zu Gute gekommen wären. Diese Projekte waren nicht förderfähig.

Herr Hager schlägt die Änderung vor, im Antrag „bei zukünftigen Förderprogrammen“ zu ersetzen. Herr Suberg unterstützt diese Änderung, da er eine Notwendigkeit solcher Förderprogramme sieht.

Nachdem Herr Schaar seinen Geschäftsordnungsantrag zurückgezogen hat, kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Inanspruchnahme zukünftiger Förderprogramme („Aufholen nach Corona“ und „Startklar in die Zukunft“) zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise auf Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse des DAK-Kinder- und Jugend Reports zu berücksichtigen und geeignete Projekte zur Förderung der Gesundheit an Schulen zu entwickeln.

- 5.2 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter **247/2022**

Herr Hager stellt den Antrag vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven schließt sich der vom Nds. Städtetag initiierten Resolution an das Land Niedersachsen zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf die Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter an.

- 5.3 Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder gem. § 37b Abs. 2 KJSG **249/2022**

Herr Hager stellt den Antrag vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder wird in der folgend dargestellten Form beschlossen.

- 5.4 Geschäftsstelle Prävention - Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in Wilhelmshaven für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 **251/2022**

Herr Hager stellt den Antrag vor.

Es wird die Frage diskutiert, ob ein Büro für den VKP unbedingt notwendig ist in Bezug auf die Höhe der benötigten Gelder, die fehlende Anwesenheit der Kollegen vor Ort und den steigenden Energiekosten. Argumente für ein Büro waren die notwendige Präsenz im Stadtteil und dass eine Adresse als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, um existent zu sein. Herr Suberg merkt an, dass die Aufwendungen für Prävention noch teurer wären, wenn es den VKP nicht gäbe. Herr Schaar bittet darum, dass der VKP nächstes Jahr nur einmal im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird. Herr Schönfelder erklärt, dass die Weiterfinanzierung dieses Jahr schwierig war. Der VKP kam dieses Jahr an seine finanziellen Grenzen, da der Zuwendungsbescheid längere Zeit in Anspruch genommen hat. Herr Schönfelder regt an, 2023 einen Vertrag inklusive Kündigungsfrist mit dem VKP abzuschließen, so dass selbst in haushaltsloser Zeit Zuwendungen zur Verfügung ständen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Auf Grundlage der Beschlussfassung des Rates vom 25.11.2020 (Vorlagen-Nr. 300/2020) werden die Mittel für den VKP Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e.V. für den Betrieb der Geschäftsstelle Prävention in Höhe von 57.000 € für das Haushaltsjahr 2023 eingestellt. Im Sinne der Gewährleistung einer Kontinuität dieses wichtigen präventiven Angebotes wird empfohlen, den Betrieb der Geschäftsstelle Prävention auch über das Jahr 2023 hinaus finanziell angemessen zu unterstützen. Der VKP wird aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Refinanzierung seiner Aufwendungen durch Dritte zu unternehmen, damit der Zuschuss der Stadt zurückgefahren werden kann.

5.5 Geschäftsordnung der Sozialraumgremien Wilhelmshaven**252/2022**

Herr Hager stellt den Antrag vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die neue Geschäftsordnung für die Sozialraumgremien in Wilhelmshaven mit Inkrafttreten zum 01.01.2023.

5.6 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 557/2022
„Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“

Herr Becker stellt den Antrag vor. Er erläutert, dass der Antrag am 11.07.2022 im Rat gestellt wurde. Dieser verwies in die zuständigen Ausschüsse. Ziel ist es, die Verbesserung der Stadt in den nächsten 20 Jahren kontinuierlich zu verfolgen. Herr Suberg ergänzt, dass Vorhandenes mit neuen, innovativen Projekten und Ideen erweitert werden soll.

Herr Koût merkt an, dass die Differenzierung und der Fokus im Antrag fehlen. Er fragt nach, was zur Bürgerbeteiligung geplant ist. Herr Becker und Herr Suberg erklären, dass die Rahmenbedingungen ähnlich wie bei dem Programm „Step Plus“ sind, mit Erweiterungen wie beispielsweise Kohleausstieg, Strukturhilfe oder Energie. Der Antrag soll Impulse geben, was die Stadt zukünftig erreichen möchte, ohne dass planlos mehrere Anträge zu einem Thema gestellt werden. Laut Antrag soll die Stadtverwaltung bis September 2022 Vorschläge unterbreiten, welche Ziele angestrebt werden.

Herr Schaar merkt an, dass der Antrag viele Schlagworte beinhalte ohne eine konkrete Richtung vorzugeben. Die Erwartungshaltung an die Stadtverwaltung könne diese nicht in zwei Monaten erfüllen.

Herr Schönfelder regt an, dass die Empfehlung des Ausschusses sein könnte, die Frist zu verlängern. Die Verwaltung begrüße den Antrag als sinnvollen Auftakt als sinnvoll an. Er bittet um Verständnis, der Verwaltung zu überlassen, wie lange sie zur Überprüfung benötige. Frau Heide und Herr Suberg verdeutlichen, dass die Verwaltung keine Lösungen oder konkrete Pläne liefern solle, sondern es als Aufruf verstehen sollen, Visionen zu entwickeln unter Einbezug der aktuellen Situation. Herr Hager bestätigt, dass der Antrag als „Kick-Off“ – Veranstaltung gesehen werden soll. Herr Becker äußert, dass er eine andere Meinung zu dem Thema hat und eine Dringlichkeit in der Antwort der Verwaltung sieht. Daher richtet er die Frage an Herrn Schönfelder, was ein angemessener Zeitraum wäre. Herr Schönfelder erklärt, dass es eine angemessene Frist geben wird, die vom Rat vorgeschlagen werde. Erst nach Beratungen in allen Fachausschüssen kann ein Termin zurückgemeldet werden. Der Jugendhilfeausschuss sei der erste Ausschuss, der über den Antrag berate. Herr Becker schlägt vor, die Antragsfrist auf Dezember 2022 zu verlängern. Herr Hager äußert, dass innerhalb der Fraktionen geklärt werden soll, welcher alternative Termin in den anderen Ausschüssen vorgeschlagen werden kann.

Die Antragsfrist wird auf Dezember 2022 verlängert.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im Dezember 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und - ähnlich wie der Prozess StepPlus eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Information zur Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Rheinstraße

Herr Schönfelder berichtet, dass der Vertrag bis Ende 2022 unterschrieben ist. Der Rat habe eine Betreuung für das ganze Schuljahr beschlossen. Es soll ein Interessenbekundungsverfahren in Gang gesetzt werden. Ab 2026 gebe es eine Pflicht für verlässliche Ganztagsschule.

6.2 Diskussion um die Änderung der Satzung über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege

Herr Ratzmann erklärt die Grundlage der aktuellen Situation (siehe Power Point Präsentation). Bei der Diskussion soll es rein um die weitere Finanzierung gehen, die fachliche Wichtigkeit der pädagogischen Arbeit werde nicht in Frage gestellt.

Frau Stomberg bittet um Erläuterung der Unterscheidung zwischen Pauschal- und Spitzabrechnung und fragt nach, warum „Die Eulenkinder“ keine Bezuschussung der Stadt erhalten. Herr Ratzmann erklärt den Unterschied der beiden Abrechnungsarten und erklärt weiterhin, dass die Unterstützung der Großtagespflegen ein Projekt war, dass vor zwei Jahren gestartet sei. Da „Die Eulenkinder“ später gestartet sind, konnten sie beim Projekt nicht mehr berücksichtigt werden. Frau Margowski- Möhlmann ergänzt, dass die Pauschalabrechnung der finanziellen Sicherheit jeder einzelnen Kindertagespflegeperson diene. Bei Spitzabrechnung könnten nur die Gelder abgerechnet werden, die geleistet werden. Komme ein Kind nicht in die Betreuung, fehlen die Gelder. Herr Koût spricht sich für eine Pauschalabrechnung und eine Anpassung der Gelder an Wittmund und Friesland aus. Er sieht die Gefahr, dass geschultes Personal mit guter Qualifikation abwandert und keiner mehr Interesse an einer Weiterbildung haben wird, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Herr Schönfelder regt an, dass sich überlegt werden sollte, wie Fachkräfte gehalten und neu gewonnen werden können. Es sollten die Verträge überarbeitet werden, um eine Bezahlung trotz Abwesenheit von Kindern zu gewährleisten. Herr Schaarschmidt bittet darum, die Stundensätze, die Friesland und Wittmund bezahlen, dem Protokoll anzuhängen, da diese wesentlich höher seien als in Wilhelmshaven. Er verdeutlicht, dass mehr Krippen- und Kita- Plätze benötigt werden, wenn die Kindertagespflegepersonen wegfallen sollten. Herr Suberg sieht eine Notwendigkeit darin, konkurrenzfähig gegenüber Friesland zu bleiben. Er fragt, ob Zuschüsse vom Land erhöht werden können, wenn die Qualifikation der Kindertagespflegepersonen erhöht wird. Frau Hacke erläutert, dass das ganze Budget bereits ausgeschöpft werde und eine höhere Qualifizierung keine Auswirkungen haben würde.

Herr Ratzmann äußert, dass nicht der finanzielle Vergleich zu Friesland und Wittmund entscheiden ist, sondern dass es um die Würdigung der fachlichen Arbeit geht. Dennoch sollten die Sätze kompatibel zur finanziellen Landschaft in Wilhelmshaven bleiben. Eine Abwanderung der Erzieher*innen aus den Einrichtungen zur Selbstständigkeit wäre kontraproduktiv. Des Weiteren gab es vom Rechnungsprüfungsamt den Auftrag für die Spitzabrechnung, da Kindertagespflegepersonen gleichwertig zu Kindertagesstätten zu behandeln sind. Frau Margowski- Möhlmann ergänzt, dass es aktuell wenig Randzeitenbetreuung gebe. Fast alle Kinder haben Halbtags- bzw. Ganztagsplätze. Über 70 Kinder sind älter als drei Jahre. Eine Umsetzung der vertraglichen Regelungen bezüglich Weiterzahlung trotz Fehlzeiten wird schwierig.

Frau Stomberg unterstützt Herrn Schaarschmidts Anmerkung, dass mehr finanzieller Aufwand für Krippen- und Kitaplätzen notwendig wäre, wenn die Kindertagespflegepersonen wegfallen. Der Lohn sei zu niedrig für die prekären Arbeitszeiten. Herr Suberg unterstützt dieses Argument und bringt an, dass eine Vergleichsrechnung, welche Kosten entstehen würden, wenn alle Kindertagespflegepersonen wegfallen, ein starkes wirtschaftliches Argument sein könne.

Frau Biermann sieht eine Notwendigkeit in der Wertschätzung der Kindertagespflegepersonen, da sie das übernehmen, was der Rechtsanspruch voraussetzt.

Herr Baruschke fragt an, ob es einen Landes- oder Bundesdurchschnitt für die Finanzierung gibt. Herr Ratzmann erläutert, dass es keine Vorgaben vom Bund gibt. Die Empfehlungen des Landes betragen 6,07€/ Stunde. Kinder haben aktuell einen Rechtsanspruch auf vier Stunden pro Tag. Jede weitere Stunde wird zu 100% von der Stadt finanziert – auch bei Krippen und Kitas.

Frau Dr. Haarmann erklärt, dass Eltern von Krippenkindern zahlen, ganz unabhängig, ob das Kind anwesend ist oder nicht. Die Träger seien verpflichtet, das Geld einzufordern. Daher sollte der privatrechtliche Vertrag so geschrieben werden, dass auch bei Fehlzeiten gezahlt wird.

Frau Sanchez- Mengeler regt an, dass der Ausschuss dem Vorschlag von 6,07€/Stunde folgen sollte. Kinderbetreuung bedarf großes Vertrauen und sei eine Pflichtaufgabe. Gerichtskosten, die entstehen könnten beim Einklagen des Rechtsanspruches, wären höher. Daher sehe sie eine Durchsetzung bei der Politik als notwendig an.

Abstimmung bezüglich Sprachrecht für Frau Schneider von „Die Eulenkinder“

Abstimmung

-einstimmig zugestimmt -

Frau Schneider betont, dass eine finanzielle Sicherheit bei einer Spitzabrechnung gänzlich fehlen würde. Elternbeiträge können nicht von allen Eltern bezahlt werden. Mindestens die Hälfte der Eltern können den 1€ pro Betreuungsstunde nicht aufbringen. Ihrer Meinung nach sollten Eltern nicht noch mehr Kosten bekommen, wenn die Stadt nicht zahlen will.

Herr Koût fragt nach, was die nächsten Schritte sind und wie der Jugendhilfeausschuss unterstützen kann. Herr Ratzmann äußert, dass viele Ideen und Anregungen gehört wurden und dass es einen engen Austausch zwischen Jugendamt, Kindertagespflegepersonen und Großtagespflege gebe. Es bedarf einer realen Auflistung, ab wann es für alle Beteiligten wirtschaftlich rentabel wird. Für den nächsten Haushalt ist eine Erhöhung angestrebt. Im November sollen zwei Beschlussvorlagen im Jugendhilfeausschuss eingereicht werden.

Hinsichtlich des übergeordneten TOP „Mitteilungen und Anfragen“ fragt Herr Becker nach, ob der Interessenverein Heppens im Halligenweg 4 wirklich am 31.07.2023 geschlossen wird. Herr Ratzmann bestätigt dies und erläutert, dass aktuell die Suche nach einem neuen Gebäude läuft. Aktuell hat sich noch keine Möglichkeit aufgetan.

Herr Suberg fragt an, ob noch eine Führung des neuen Jugendamtsgebäudes möglich wäre. Dies bestätigt Herr Ratzmann und bietet allen eine Führung durch das Haus an, die es noch nicht gesehen haben.

Frau Biermann fragt an, wie viele Kinder aktuell keinen Krippen- oder Kindergartenplatz haben. Frau Wolf äußert, dass es aktuell keine konkrete Zahl gebe. Herr Ratzmann berichtet, dass der Verwaltungsvorstand den Vorschlag machte, Nachmittagsgruppen zu initiieren, um den Bedarf gerecht zu werden. In Rücksprache mit acht Einrichtungen ist dies nicht umzusetzen. Die geplanten Kitas in der Friedenstraße und der Peterstraße müssen zeitnah umgesetzt werden. Die Zahlen der Unversorgten werden vorbereitet.

Herr Schaar bittet darum, in der nächsten Sitzung über die Situation der ukrainischen Kinder bezüglich der aktuellen Betreuungssituation zu sprechen.

Herr Hager schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:33 Uhr.

gez. _____

Erster Stadtrat
Schönfelder

gez. _____

Vorsitzender
Hager

gez. _____

Protokollführerin
Wolf